



Sprache als Voraussetzung für Bildung und Integration: Deutschkurse sind auch in Gießen seit Anfang an Bestandteil der Angebote für Flüchtlinge.

Symbolfoto: dpa

## „Asylgesetz kennt keine Obergrenze“

**MIGRATION UND INTEGRATION** Anlässlich des 90-jährigen KHG-Bestehens diskutieren 120 Besucher Chancen und Probleme

**GIESSEN** (msh). Das Thema Flüchtlinge und Integration ist ein hoch brisantes, das die Gesellschaft zutiefst bewegt. Beim öffentlichen Kolloquium der Katholischen Hochschulgemeinde Gießen (KHG) zu ihrem 90-jährigen Bestehen wurde dies in Zusammenarbeit mit der Justus-Liebig-Universität (JLU) sowie der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM) erneut unterstrichen. 120 Besucher erlebten im voll besetzten Hermann-Levi-Saal des Rathauses neben nachhaltig wirkenden Reden eine lebhaft geführte Podiumsdiskussion, an der Vertreter aller in Sachen Migration und Integration zuständigen Stellen aus der Region teilnahmen.

„Die Einheit der Verschiedenen zu gewährleisten“, diese Aussage von Bundespräsident Joachim Gauck wurde von mehreren Rednern als eine grundlegende Leitlinie angeführt, an der sich die Gesellschaft orientieren müsse. Auch Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz hat sich Gaucks Worte zur „Leitlinie für die Behandlung dieser Herausforderung gemacht“. So zeigte sie sich tief beeindruckt, wie unaufgeregter Gießens Stadtgesellschaft in der Vergangenheit und vor allem im vergangenen Jahr die Herausforderung mit der großen Zahl an Flüchtlingen gemeistert habe. „Die Zivilgesellschaft in Gießen ist über sich hinausgewachsen“, stellte Grabe-Bolz

stolz fest. In der Universitätsstadt herrsche schon lange der Konsens, dass Menschen aller Glaubensrichtungen und unabhängig ihrer Herkunft ihre Kultur und Identität frei leben können. „Diesen Konsens gilt es in Gießen auch in Zukunft zu wahren“, mahnte sie.

Integration werde aber weiterhin eine zentrale Aufgabe Deutschlands bleiben. „Unsere Gesellschaft hat mit ihren vielen

freiwilligen Helfern in der Flüchtlingsarbeit und durch ein bewundernswertes Engagement gezeigt und zeigt es immer noch, dass wir ein großes Herz für Flüchtlinge und Menschen in Not haben“, betonten Dr. Bernhard Vogel, ehemaliger Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen, und der Diözesanadministrator des Bistums Mainz, Dietmar Giebelmann. Auf großen Konsens stieß Vogel mit seinen grundsätzlichen Ausführungen zur Flüchtlingsfrage. So müssten Recht und Gesetze eingehalten werden. „Das Asylgesetz kennt keine Obergrenze“, bekräftigte er und erhielt dafür lautstarken Beifall. Den Zufluchtsländern wie Libanon, Jordanien und Türkei und vor allem den zerfallenden Ländern Irak und Syrien müsse geholfen werden,

sie spielten eine Schlüsselrolle. Allerdings mahnte er auch, dass wir nicht vor lauter Hilfsinstrumenten „unser Land in Gefahr bringen. Wir dürfen Herz und Verstand hierbei nicht trennen, wir müssen sie zusammenführen“, so Vogel.

Allerdings könne Integration nicht völlig spannungs- und konfliktfrei geschehen, unterstrich Staatssekretär Jo Dreiseitel. „Sorgen, Ängste, Abschottung und manchmal auch Panik vor den rasanten Veränderungen in der Welt und der zunehmenden Vielfalt gehören zu der komplexen Wirklichkeit

des Integrationsprozesses dazu“, sagte er. Dabei gehe es aber nicht nur um die Angst vor dem Fremden, sondern auch um die Angst der Fremden, wenn sie spürten, dass sie nicht willkommen sind. „Die Sorgen und Ängste, die bei dem Thema Integration in der Bevölkerung offenkundig, aber auch unterschwellig bestehen, lassen sich nicht einfach aus dem Weg räumen“, machte Dreiseitel deutlich.

Dass gelungene Integration vor allem vor Ort stattfinden müsse, war auch der Tenor in der anschließenden Diskussion. Hierbei werde im heimischen Raum insgesamt gute Arbeit mit hohem ehrenamtlichen Engagement geleistet, mit inzwischen vielen Angeboten der verschiedenen Stellen für Flüchtlinge. Als Beispiele nannte man Sozialeinrichtungen wie Caritas und Diakonie und Deutschkurse an Schulen. Spezielle Angebote gebe es auch an den beiden Gießener Hochschulen, die deren Präsidenten Prof. Joybrato Mukherjee (JLU) und Prof. Matthias Willems (THM) vorstellten. Pfarrer Dr. Siegfried Karl und Prof. Claus Leggewie mahnten

an, dass Integration nur in Verbindung mit einer vorwärtsgewandten Vision erfolgreich gelingen könne. Leggewie plädierte indes dafür, nicht nur über die Vergangenheit zu reden, sondern vielmehr die Zukunft als Aufgabe anzunehmen. „Es ist Aufgabe der Politik, wo wir hinwollen“, so der renommierte Gießener Politologe. Er unterstütze dabei ausdrücklich die Einrichtung von mehr „Bürgerdialogen“, wie sie Dreiseitel als eine der weiteren Maßnahmen der hessischen Landesregierung nannte.

### Bürgerdialoge

„Bürgerdialoge ja, aber wie sie funktionieren, ist die wichtige Frage“, so Leggewie. „Wir müssen solch ein offenes Forum in Stadt und Land schaffen, haben aber noch kein Konzept hierfür.“ Wichtig sei insbesondere die Führung eines Dialoges in dem die Bürger über die Verbände und Vereine hinaus vertreten seien und auch selbst zu Wort kämen.

Auch Mukherjee forderte, man müsse bei der Diskussion dieser Fragen mehr Redlichkeit an den Tag legen. „Vor allen brauchen wir ein kommunikatives Konzept für den Diskurs“, so der JLU-Präsident. Zudem plädierte er dafür, endlich ein Einwanderungsgesetz zu verabschieden. Nur damit ließen sich neben den vielen Flüchtlingen auch weitere Talente für Hochschulen und Wirtschaft finden.

Einen nachhaltigen Eindruck hinterließen die Schilderungen der Flüchtlingssituation in Ostafrika und in der Flüchtlingsseelsorge durch den Berliner Jesuitenpater Frido Pflüger. Der Seelsorger schilderte ergreifend die Flüchtlingsdramen, die sich in Ostafrika sowie in der Türkei und im Libanon abspielen. Für Syrien und den Irak, wohin er erst kürzlich wieder gereist war, sieht Pflüger auch für die nächsten zehn Jahre keine Lösung.

» Die Zivilgesellschaft in Gießen ist über sich hinausgewachsen «  
OB Dietlind Grabe-Bolz



Zu den Podiumsteilnehmern gehörten auch Vertreter aus Hochschulen und Politik. Foto: Schroth